

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

D. Dringlichkeitsanträge

D.1. Ostdeutsche Solarindustrie retten

Beschluss der 2. Tagung des 17. Landesparteitages vom 13. April 2024 in Bautzen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen beschließt:

Der Solarkonzern Meyer Burger Technology AG hat seine Produktion in Freiberg eingestellt und den 400 Mitarbeitenden die Kündigung ausgesprochen. Mit rund 100 weiteren Beschäftigten gibt es Gespräche über einen Wechsel an andere Standorte.

Vorausgegangen waren Verhandlungen auf Landes- und Bundesebene insbesondere um einen sogenannten Resilienzbonus, der eine erhöhte EEG-Einspeisevergütung für Solarmodule europäischer Hersteller bedeutet hätte. Mit diesem sollten die unter Druck stehenden Hersteller in Europa geschützt werden. Diese Subventionierung der europäischen Solarindustrie, die insbesondere in Ostdeutschland stark vertreten ist, lehnte der Bundesfinanzminister Christian Lindner entschieden ab und sorgte damit letztendlich für das Aus eines ganzen ostdeutschen Industriezweiges und einer darauf bezogenen eigenständigen europäischen Produktion. Für den Wirtschaftsstandort am Fuße des Erzgebirges, der sich rühmt, einen erfolgreichen Strukturwandel von der Bergbau- und Hüttenindustrie hin zum Hochtechnologie-Zentrum bewältigt zu haben bedeutet das einen neuerlichen Rückschlag.

Für die Beschäftigten ist die Schließung des Werkes in Freiberg binnen weniger Jahre der zweite schwere Schlag, bereits der Vorgänger SolarWorld musste sein Werk 2018 in Freiberg schließen. Der Standort ist aber nur ein Beispiel unter vielen Solar- und Windkrafthersteller, die hierzulande reihenweise dicht machen und einen ganzen Industriezweig in Sachsen beerdigen.

Als LINKE stehen wir an der Seite der Beschäftigten und unterstützen den Betriebsrat und die Genossinnen der IG Metall bei ihren Bemühungen vor Ort in Freiberg.

Als LINKE setzten wir uns auch weiterhin für einen Resilienzbonus, für europäische Komponenten bei Ausschreibungen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie für ein Aufkaufprogramm für Lagerbestände ein. Wir stehen für ein europäisches Lieferkettengesetz, das Umwelt- und Menschenrechtsstandards für importierte Solarprodukte festschreibt und verlangen strikte Schutzmaßnahmen zur Gewährung eines fairen Wettbewerbsrechtes in Europa.

Begründung der Dringlichkeit:

Der gemeinsame Austausch mit der IG Metall dazu fand am 11. April 2024 statt, wobei uns um Unterstützung gebeten wurde.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Entscheidung des Landesparteitages:

mehrheitlich beschlossen